

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Abnehmer: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2306-2307

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abbau der Militärkontrolle.

Auflösung der Interalliierten Marine-Kommission.

Wolffs Bureau meldet: Da alle Abrüstungsfragen, soweit sie sich auf die Marine allein beziehen, erledigt sind, wird die Interalliierte Marine-Kontrollkommission laut Beschluß der Völkervereinigung am 30. d. M. aufgelöst.

Wolffs Bureau meldet: Im Laufe der vergangenen Woche sind von der Interalliierten Militärkontrollkommission das Reichswehrministerium, die Stäbe der Wehrkreis-Kommandos 1, 2, 3 der 3. Kavalleriedivision, einige Truppenteile in Schwelm, Stettin und Ewinemünde, ferner Befestigungswerke in Bestemünde und Cuxhaven, verschiedene Verpflegungs-, Bekleidungs- und Zeugämter und die Polizei einiger Regierungen sowie Fabriken besucht worden. Die Besuche sind reibungslos verlaufen.

Die deutschen Reparationszahlungen.

Die erste Oktoberrate bereitgestellt.

Die für den Monat September gemäß dem Londoner Abkommen zu leistenden Reparationszahlungen in Höhe von 83 Millionen Goldmark sind, wie die Telegraphen-Linien erfährt, nicht nur pünktlich geleistet, sondern sogar überschritten worden, so daß ein beträchtlicher Ueberschuß erzielt worden ist. Die Totalsumme von 83 Millionen Mark legt sich aus den beiden Zahlungen der deutschen Regierung von zusammen 40 Millionen Goldmark, den Einnahmen aus dem Recovery-Akt und von der Regie sowie den deutschen Zahlungen an die Befehlsmächte zusammen. Nach den Mitteilungen des stellvertretenden Generalsekretärs für Reparationszahlungen ist der am 1. Oktober fällige Reparationsbeitrag von 14 Millionen Goldmark bereitgestellt. Nach Meinung des Herrn Dawes liefern diese Zahlungen einen weiteren Beweis für das erfolgreiche Arbeiten des Dawes-Planes.

Ersparnisse bei der Reparationskommission.

Eine Folge des Londoner Abkommens.

Brüssel, 30. September. (W.F.B.) Der Brüsseler Berichterstatter des „Temps“ meldet, daß die belgische Regierung sich intensiv mit der Frage beschäftigt, welche Ersparnisse bei den verschiedenen durch den Versailler Vertrag und den Dawes-Plan eingeleiteten Kommissionen erzielt werden könnten. Grundsätzlich habe man sich dahin geeinigt, daß die Reparationskommission und die neuen Organisationen, die der Dawes-Plan vorsehe, nicht mehr Ausgaben verursachen sollen, als die Reparationskommission bisher verursachte. Aber die neuen Organisationen würden große Kosten verursachen, da ihre Mitglieder auf Goldbasis bezahlt werden und der Lebensunterhalt in Berlin sehr teuer sei. Nach belgischer Ansicht sollten in der Reparationskommission die Delegierten der einzelnen Länder kein ständiges Mandat mehr haben; sie sollten grundsätzlich nur einmal im Monat zusammentreten und nur Tagesselder erhalten. Die zweiten Delegierten sollen nach einem Jahre vollkommen beseitigt werden, da man annehme, daß bis dahin der Dawes-Plan vollständig funktioniert. Das Generalsekretariat, die Personalabteilung, der Finanzdienst, die juristische Kommission und die Nachrichtenabteilung, sowie das Garantiefomitee seien aufzulösen. In Zukunft werde nur noch ein internationales Sekretariat mit 10 Beamten unterhalten werden. Im ganzen werde jede Delegation nur etwa drei bis vier ständige Beamte unterhalten. Dadurch würden die Kosten für die Reparationskommission um 60 bis 70 Prozent herabgesetzt. Auch bei der Rheinlandkommission könnten Ersparnisse erzielt werden. Ein Ausschuss beschäftigt sich mit der Frage der Verminderung des Personals und der Unterhaltungskosten um 50 Prozent. Belgischerseits glaube man auch, daß die Interalliierte Militär-Kontrollkommission ziffernmäßig herabgesetzt werden könnte. Es müsse übrigens auch die Frage der Unterhaltungskosten der Befehung geprüft werden. Auf Grund des Abkommens vom März 1922 unterhalten die Franzosen 90 400 Mann, die Belgier 19 500 und die Engländer 15 000 Mann in den Rheinlanden. Vielleicht könne man hier eine Reduzierung um 10 bis 12 Prozent ins Auge fassen, sowie ferner eine Verminderung der Soldatenzulage von zwei auf eine Goldmark, wenn diese Zulage nicht überhaupt völlig aufgehoben werden könne.

Die deutsche Anleihe.

Ausgabe wahrscheinlich Mitte-Oktober.

London, 30. September. (W.F.B.) „Times“ führt in einem Leitartikel aus, die deutsche Wiederaufbauanleihe werde wahrscheinlich Mitte nächsten Monats zur Ausgabe bereit sein. Es sei die wichtigste der drei beträchtlichen Anstrengungen, die bisher unternommen worden seien, um eine gesunde Währung und finanzielle Lage auf dem Kontinent wiederherzustellen. Von der Wiederherstellung dieser Lage hänge ein wirkliches dauerndes Wiederaufleben in der Produktionskraft und daher auch der Kaufkraft Europas ab. Da England vielleicht mehr als jedes andere Land an der Ausdehnung des internationalen Handelsverkehrs interessiert sei, so könnte der Erfolg des Planes England keineswegs gleichgültig sein. Die deutsche Anleihe bilde einen wesentlichen Teil des Dawes-Berichts, den das Parlament kurz nach seiner Veröffentlichung angenommen und auch gebilligt habe. Das Parlament habe daher das Band dazu verpflichtet, und die Staatsmänner aller Parteien hätten zu seinen Gunsten gesprochen; er habe die englisch-französischen Beziehungen verbessert. Der Zweck des Dawes-Berichts sei, kurz gesagt, eine gesunde Währung in Deutschland wiederherzustellen und es Deutschland zu ermöglichen, wesentliche

Zahlungen an seine Reparationsgläubiger zu machen. „Times“ betont, daß dieselben Kaufleute und Fabrikanten, die jetzt die deutsche Anleihe kritisieren, in dem Glauben, daß sie den britischen Interessen entgegengekehrt sei, dieselben Leute seien, die sich früher bitter über den Wettbewerb der Länder mit entwerteten Währungen beklagt hätten.

Aufnahme der deutschen Denkschrift.

Vertrauliche Behandlung.

London, 30. September. (W.F.B.) Das von der deutschen Regierung überreichte Memorandum wird als vertraulich bezeichnet und nicht veröffentlicht werden. Der vertrauliche Charakter der Note bleibt auf ausdrücklichen Wunsch der Berliner Regierung gewahrt. Die Morgenblätter rechnen nicht damit, daß England sofort antwortet, weil sich die Regierung wahrscheinlich vorher mit anderen Empfängern der Note in Verbindung setzen wird.

London, 30. September. (W.F.B.) Aus Brüssel meldet „Times“, Premierminister Lhuys habe dem deutschen Gesandten bei der Uebersendung des Memorandums die Hoffnung ausgedrückt, die deutsche Regierung werde nicht von neuem die Kriegsschuldfrage aufwerfen. Ein solcher Schritt würde äußerst bedauerlich sein. Allgemein könne gesagt werden, daß die Haltung der belgischen Regierung mit der von Herriot und Briand dargelegten identisch sei, die dahin gehe, daß Deutschland sich dem gemeinsamen Befehl unterwerfen und sich verpflichten müsse, alle Bestimmungen der Völkerbundsstatuten zu achten und durchzuführen.

Paris, 30. September. (W.F.B.) Französische, englische und amerikanische Pressevertreter, die sich gestern im Ministerium des Auswärtigen in großer Zahl mit der Bitte um Auskünfte über das deutsche Memorandum eingefunden hatten, mußten nach stundenlangem Warten unverrichteter Dinge wieder abziehen. Auf französischer Seite hält man sich offenbar streng an das Lebereinkommen, wonach über den Inhalt des Memorandums nichts in die Öffentlichkeit dringen dürfe.

Amerika für eine Abrüstungskonferenz.

New York, 30. September. (W.F.B.) Auf die Genfer Redungen über die geplante Abrüstungskonferenz hin wird in Washingtoner Kreisen erklärt, daß die Regierung jede Abrüstungskonferenz unterstützen werde. Im weißen Hause würde man es aber lieber sehen, wenn statt des Völkerbundes die Großmächte als Einberufer der Konferenz aufträten, weil dadurch Amerika eine weit größere Handlungsfreiheit erhielte. Eine Verkopplung der Schuldfrage mit der Abrüstungskonferenz dagegen wäre Amerika keinesfalls angenehm. Das Schicksal aber nicht aus, daß Amerika zu einer besonderen Schuldenkonferenz der europäischen Staaten Beobachter entsende.

Tagung der Londoner Internationale.

Beschlüsse der Exekutive.

London, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Exekutive der Internationale nahm in der Montagssitzung den von Adler erstatteten Bericht des Londoner Sekretariats über die Durchführung der in Wien gefassten Beschlüsse entgegen. Eine wichtige Neuerung ist ein nunmehr regelmäßig erscheinendes wöchentliches „Presse-Bulletin der Internationale“. Dem Bericht wurde einstimmig zugestimmt. Hieraus fand eine Erörterung der internationalen politischen Lage statt. Vandervelde berichtete über seine Balkanreise und wies auf die ersten Gefahren für den Frieden hin, die durch die Vorgänge auf dem Balkan heraufbeschworen werden. Angesichts dieser Gefahren, die aus dem Krieg und die Friedensverträge zurückzuführen sind, fordert die Exekutive auf Grund eines einstimmigen Beschlusses alle angeschlossenen Parteien, insbesondere die Parteien Frankreichs und Englands, auf, alle Anstrengungen zu machen, um durch Vermittlung des Völkerbundes die Minderheitsrechte auf dem Balkan wirksam zu gewährleisten und auf Erhöhung der vom Völkerbund bereits gewährten Vorrechte hinzuwirken, die dem riesenhaften Umfang des Elends entspricht. Außerdem wurde die Forderung nach Heimstätten für das armenische Volk erneuert.

Sozialistischer Kurs in Dänemark.

Aufforderung der Partei an die Regierung.

Kopenhagen, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Hauptvorstand und Parteiauswärtiger der dänischen Sozialdemokratie haben in einer Sitzung zur politischen Lage in Dänemark Stellung genommen. In einer Resolution fordern sie von der Regierung energische Verfolgung des sozialdemokratischen Kurses, für den sich nunmehr zwei Wahlen ausgesprochen haben. Sie sichern der Regierung in ihrer Reformarbeit die nachhaltigste Unterstützung zu und fordern sie wie die Wählerschaft auf, sich auf eine neue Wahl vorzubereiten für den Fall, daß das Bürgertum weiterhin das Arbeiten der sozialdemokratischen Regierung sabotieren sollte.

Die Schlacht bei Shanghai.

New York, 30. September. (W.F.B.) Die Schlacht bei Shanghai hält mit größter Erbitterung an. Alle modernen Waffen sind in Benutzung. Hunderte von Jungzeugen sind an dem Kampfe beteiligt.

Volksgemeinschaft.

Die Tage von Mannheim.

Die Herren, die jetzt in Berlin so eifrig an der Arbeit sind, um den Bürgerblock zusammenzubringen, verfügen hoffentlich über Beobachter in Südwestdeutschland, die sie über die Vorgänge in jenen entfernten Reichsteilen rasch und zuverlässig unterrichten. Aus den Zeitungen, die ihnen nahe stehen, konnten jene großen Strategen nichts davon erfahren, höchstens, daß in Mannheim irgendein „republikanischer Rummel“ stattgefunden hätte, der für die ernstesten Staatsgeschäfte von der Art, wie sie jetzt in Berlin betrieben werden, ohne weitere Bedeutung sei. Die vertraulichen Berichterstatter werden wohl nach Berlin mitgeteilt haben, daß die Dinge doch ein wenig anders liegen, und daß es den Kopf in den Sand stecken hieße, wenn man versuche, die Bedeutung des politischen Ereignisses von Mannheim herabzusetzen.

Nicht, daß am Sonnabend ganz Südwestdeutschland von Sonderzügen mit schwarzrotgoldenen Flaggenschmuck durchfahren wurde, daß sich über die Feststadt selbst ein Meer von Schwarzrotgold ergoß, daß Fackel- und Festzüge stattfanden, ist das Entscheidende. Das Entscheidende ist der Geist, von dem jene Veranstaltung erfüllt war. Das Entscheidende ist das eindringliche Hervortreten der Tatsache, daß im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine Verteidigungsarmee der Republik entstanden ist, die es mit allen Wehrwölfen, Frontbannern und sonstigen Verschwörergesellschaften, die sich im Dunkel heranschleichen, doppelt und dreifach aufnimmt; das Entscheidende ist, daß der Wille zur Republik keine überparteiliche Organisation gefunden hat, die den Schutz der Republik, die Pflege republikanischen Geistes jeder Regierung, die selber ehrlich will, zur mühelosen Arbeit macht.

Es gibt heute zum mindesten eine deutsche Landesregierung, die diese Arbeit zu leisten bereit ist und sich dabei mit Freuden der Hilfe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold bedient, das ist die Regierung des Freistaats Baden. Von ihr hat der Staatspräsident Dr. Köhler in ausgezeichnete Formulierung gesagt, daß sie den Schutz der republikanischen Verfassung nicht nur als ihre „juristische Pflicht“ betrachte. Herr Dr. Köhler hat damit in taktvoller, aber nicht mißzuerstehender Form den Punkt getroffen, auf den es ankommt.

Selbst wenn im Reich die Bürgerblockregierung käme, würden die Herrgutz und Westarp den Eid auf die republikanische Verfassung leisten und sich — aus außen- und innenpolitischen Gründen — sehr wohl davor hüten, sich bei einer juristisch fahrbaren Pflichtverletzung erlappen zu lassen. Sie würden sich immer darauf berufen, daß sie die zurzeit geltenden Artikel und Paragraphen respektieren, und sie würden es darauf anlegen — ähnlich wie jener Kommerzienrat an seinem siebzigsten Geburtstag — sagen zu können: „So lange haben wir schon regiert, und man hat uns nichts nachweisen können.“ Sie werden sich auf den Buchstaben berufen und werden mit Hilfe des Buchstabens den Geist bekämpfen, der lebendig macht.

Auf die Gefahr dieser juristisch einwandfreien Methode, von Regierung wegen Politik gegen die Republik zu treiben, hat Dr. BIRTH in seiner großen hinreißenden Rede noch klarer hingewiesen, als es der durch offizielle Rücksichten gebundene Staatspräsident hatte tun können. Er hat von der Aushöhlung gesprochen, die der Republik drohe, und die gefährlicher sei als die offene Putzpolitik. Diese Aushöhlungs-politik ist erfolgreich in Bayern begonnen worden, sie hat in Thüringen und Mecklenburg begonnen, sie bedroht jetzt Preußen und das Reich.

Aushöhlung ist nur Vorbereitung. Wird der Kern vernichtet, dann verrottet auch die Schale, bis sie schließlich zerbricht. Um so höher ist das Verdienst des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold anzuschlagen, jener aus dem Boden geschaffenen republikanischen Massenorganisation, die den Geist lebendig und frisch erhält. Gegen eine entschlossene und begeisterte Volksgemeinschaft kommt man schließlich mit parlamentarischen Schiebungen und bürokratischen Winkelzügen nicht auf.

Bürgerblock ist Monarchistenblock! Deutsche nationale und Volksparteier stehen zusammen unter den Farben Schwarz-Weiß-Rot. Willig wird sich ihnen die weißblaue Bayerische Volkspartei zugesellen, deren Führer, der bayerische Ministerpräsident Held, erst neulich in Tuntenshausen seiner Sehnsucht nach einem König aus dem Mittelsbacher Hause Ausdruck gegeben hat. Das Entscheidende der Tage von Mannheim ist, daß sich gegen den Block der Monarchisten der Block der Republikaner formiert.

Und so war es auch wahrhaftig kein Zufall, daß jene gemaltige Kundgebung im Zeichen Ludwig Franks stand, jenes klugen und tapferen Sozialdemokraten, den die Parteien stets als Mittel zum höheren Zweck betrachteten, der keine Mitarbeit und Zusammenarbeit verweigerte, wo nur über das zunächst zu entscheidende Ziel ehrliche Übereinstimmung bestand, und der schließlich als Bannerträger einer wahren Volksgemeinschaft fiel. Die „Volksgemeinschaft“, die im Munde der Volkspartei nur eine schamlose Lüge ist, hat dort ihre Verwirklichung gefunden, wo Ludwig Frank gefallen ist, und sie erlebt ihre Fortsetzung und Wiederauferstehung in jenen Massen, die sich am letzten Sonntag in Mannheim um sein Denkmal scharten.

Die Tage von Mannheim haben ganz Deutschland und der ganzen Welt gezeigt, daß die Republikaner nicht gesonnen sind, sich von den Monarchisten aus der „Volksgemeinschaft“ aus-schließen zu lassen. Er hat die ganze Berworfenheit

jenes heuchlerischen Manders entfällt und hat denen, die drauf und dran sind, unter scheinbarer Erfüllung ihrer „juristischen Pflichten“ die Republik zu meucheln, den Kampf angeht. Dieser Ruf zum Kampf wird im ganzen Reich stürmischen Widerhall finden. Die Strategen des Bürgerblods würden Vogeistraußpolitik treiben, wenn sie die Flammenzeichen von Mannheim übersehen wollten.

Die deutsche Politik am Scheidewege.

Strefemann als Brückenbauer.

Paris, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) In der „Cronaca“ schreibt Professor Victor Basch zu der Erklärung Strefemanns, wonach Deutschlands Aufgabe nicht sein könne, einen Bruch zwischen Vergangenheit und Gegenwart zu vollziehen, sondern eine Brücke zu schlagen zwischen Gegenwart und Vergangenheit, folgendes:

„Dieser Schluß der Rede Strefemanns wirft das Problem der künftigen Politik in klarer Form so auf, wie es aufgeworfen werden muß. Es handelt sich in der Tat darum, zu wissen, ob Deutschland den unmöglichen Überwältigung unternehmen wird, seine Politik von gestern mit seiner Politik von heute in Einklang zu bringen; keine der Taten und auch keine der Absichten des zusammengebrochenen Kaiserreiches zu verleugnen; auf dessen Imperialismus und Militarismus nur zu verzichten, wenn es dazu gezwungen wird, und solange es dazu gezwungen wird; nur die Fassade einer demokratischen Republik zu sein, aber in Wirklichkeit und aus eigenem Willen ein Kaiserreich zu bleiben, wo die früheren Genetrix und Junker die erste Geige spielen und dessen Herrscher eines schönen Tages der Kronprinz oder sonst ein kleiner Prinz des Hohenzollernhauses wieder werden wird. Oder, ob Deutschland tatsächlich alle Brücken zwischen seiner jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart abbrechen wird, ob es begreifen wird, daß seine wahre Größe nicht in dem unmenslichen Panzer gelegen hat, in den es die Burggrafen von Hohenzollern gezwungen haben, sondern in der glorieichen Krone der Zivilisation, mit der es durch Goethe und Schiller, durch Beethoven, durch Uhland und Freiligrath geschmückt wurde. Ob es erkennen wird, daß der Völkerbund, vor dem es heute die Nase rümpft als einer lateinischen Utopie, das gemeinsame Ideal ist, an dem noch den französischen Philosophen des 18. Jahrhunderts Kant und Herder, Goethe und Schiller mitgearbeitet haben. Ob es den Platz wieder einnehmen will, der ihm dank seinem wissenschaftlichen, poetischen, musikalischen, aber auch industriellen und kommerziellen Genie im Bunde der Nationen gebührt, und darin, anstatt eines Fremdkörpers und eines Jantapfels, ein Element höherer Harmonie wird. Von der Lösung, die Deutschland diesem Dilemma geben wird, wird die Zukunft Deutschlands und seine Rolle in Europa und in der Welt in der Entwicklung der Kultur abhängen.“

Wenn Deutschland — fährt Professor Basch fort — sich auf die Bahn, wie sie Herr Strefemann weist, begibt, dann wird es sicher sein können, daß das Verhältnis und die Feindschaft, die ihm die Welt seit den Zeiten Bismarcks bezeugt, fort dauern und sich verschlimmern werden und daß es keinerlei Veränderungen des kaiserlichen Vertrages erreichen wird, die zu befragen ihm nach dem Vertrag selbst gestattet ist. Wenn Deutschland dagegen den umgekehrten Weg einschlägt, es ablehnt, sich vor den Befehlen der Deutschen zu beugen, dann kann es versichert sein, daß alle Nationen, Frankreich und England an der Spitze, ihm eine gute Aufnahme im Völkerbund bereiten werden und daß der Tag kommen wird, wo seine Forderungen, soweit sie berechtigt sind, Gehör finden werden. Es handelt sich in der Tat darum, Brücken zu schlagen, aber nicht zwischen dem Kaiserreich und der Republik, zwischen der Rechten und der Linken, zwischen denen es keine Brücken geben kann, sondern zwischen dem humanistischen Deutschland vom 18. und vom Beginn des 19. Jahrhunderts und dem demokratischen Deutschland von heute; zwischen den Demokraten Deutschland und den Demokraten des Westens, zwischen den Männern des guten Willens dies- und jenseits der Grenze, zwischen jenen Männern guten Willens, die heute noch durch illusorische Grenzen getrennt sind.“

Maurenbrecher verzichtet.

Clas muß einen neuen Gehilfen suchen.

In der „Deutschen Zeitung“ teilt Max Maurenbrecher, der bisherige Leiter des Blattes, der Verlagsgemeinde mit, daß er mit sofortiger Wirkung die Leitung niedergelegt habe. Mitarbeiter und Leser, die sich „in Fragen der Gesamthaltung der Zeitung“ an ihn wenden wollen, bittet er, das nicht zu tun, da er „dafür weiterhin weder zuständig noch verantwortlich“ sei.

Zwar versichert Maurenbrecher weiter, es handle sich nicht um einen Abschied, vielmehr sei vereinbart worden, daß er als freier Schriftsteller auch ferner mitarbeiten werde. Aber das ist wahrscheinlich nur das Trostpflasterchen, das man ihm gewährt hat. In Wirklichkeit steht die Sache so, daß Maurenbrecher noch vor wenigen Tagen programmatisch verkündete, er wolle in der Deutschen nationalen Partei bleiben, um die Mehrheit der Partei für die „nationale Opposition“ zu reiten. Nun hat gerade am Montag die Reichstagsfraktion der Deutschen nationalen beschloffen, die Westarp und Hergt unter Umständen in die Reichsregierung zu entsenden.

Das ist ein fatales Zusammentreffen. Man wird zwar nachweisen, daß dieser Beschluß und der Abschied Maurenbrechers nichts miteinander zu tun hätten. Indessen wird es viele Leute geben, die an solchen Nachweis nicht glauben. Denn wenn Maurenbrecher nicht mehr um die Mehrheit bei den Deutschen nationalen kämpfen kann, bleiben ihm nur noch die „Parteidiskussionen“ übrig. Sie bilden einige von den wenigen Parteien, aus denen Maurenbrecher noch nicht ausgetreten ist. Vielleicht käme auch die SPD. in Betracht. Aber die kann er sich noch für später aufheben. . . .

„Streng vertraulich“!

Die deutsche nationale Vertretertagung.

Die Vertretertagung der Deutschen nationalen Volkspartei nahm heute um 12 Uhr im Reichstag ihren Anfang. Aus sämtlichen Landesverbänden sind Delegierte erschienen. Auf 12 000 bzw. angefangene 40 000 der am 4. Mai abgegebenen deutschen nationalen Wählerstimmen innerhalb jedes Landesverbandes entfällt ein Vertreter. Die Vertreter sind von den Landesverbänden benannt, ferner ist der Parteivorstand anwesend, der selbstverständlich zur Parteivertretung gehört, weiter sämtliche deutsche nationale Reichstagsabgeordnete und Minister der Länder, die deutsche nationale Mitglieder des Reichsrates, des Reichswirtschaftsrates und des preussischen Staatsrates, ferner die Vorsitzenden der deutschen nationalen Fraktionen der bundesstaatlichen Parlamente und die Landesverbandsvorsitzenden. Die Zahl der Anwesenden dürfte etwa 500 betragen, darunter etwa 250 Stimmberechtigte, die sich aus Parteivorstand und Delegierten zusammensetzen.

Den Vorsitz führt Hergt, der die Tagung eröffnete und in längeren Ausführungen, die natürlich streng vertraulich (!) sind, ein Bild der politischen Lage zeichnete. Die Verhandlungen werden den ganzen Tag in Anspruch nehmen.

Frontbann-Revolution.

Die Unterhaltung der Festungsgefangenen.

München, 30. September. (Eca.) Aus halbamtlichen und privaten Quellen wird weiteres Material veröffentlicht, das zu den Vorgängen gegen die Führer des Frontbannes und zur Einlegung der Beschwerde der Staatsanwaltschaft in der Angelegenheit der Bewährungsfrist für Hiltner und Kriebel Veranlassung gegeben hat. Gegenüber der Behauptung des Hauptmanns Roehm, daß der Frontbann absolut offen und loyal vorgegangen sei, wird halbamtlich auf eine „Oberkommando-Verfügung“ des Frontbannes hingewiesen, aus der hervorgeht, daß diese Organisation für ihre Mitglieder die Vorgesur bei Veröffentlichungen über den Frontbann eingeführt hat. In einem vorgefundenen Brief, der an eine außerhalb Bayerns wohnende Persönlichkeit gerichtet war, heißt es: „Die Schweigebande wolle mir gleich die ganze Geschichte verbieten, nun sehe ich es aber doch durch.“

Oberleutnant Kriebel hat aus der Festungshof in Landsberg im Juli einen Brief an Hauptmann Roehm hinausgeschickt, in dem er darauf hinweist, daß die jetzigen Verhältnisse außerordentlich günstig seien, um sich in den Besitz von Waffen zu setzen. Wie die „Allgemeine Zeitung“ mitteilt, hat Kriebel einmal einen Brief an den „Bayerischen Heimat- und Königsbund“ gerichtet, worin er um Aufnahme als Mitglied bittet mit der Erklärung, daß er gern bereit sei, in Bayern für den Königsbund Gedanken zu agitieren. In diesem Zusammenhang berichtet das Blatt weiter: Oberleutnant Brüdner aber vor einiger Zeit in einer Versammlung in München erklärt, man müsse zunächst möglichst zum gleichen Termin einerseits einen monarchistischen, andererseits einen kommunistischen Putsch veranstalten, um durch den Rückschlag dieser Aktion eine inzwischen vorbereitende nationalsozialistische Revolution erfolgreich zu stellen. Die dazu nötige Truppe sei der Frontbann, der Hiltner bis zum 1. Oktober als fertiges Instrument präsentiert werden müsse. Die Durchführung dieses Planes dürfe nicht lange hinausgezogen werden, vielmehr sei der Auftrieb, den die Rückkehr Hitlers ins politische Leben bringe, dementsprechend auszunutzen.

Deutschnationale Abbitte.

Die „Pommersche Tagespost“ dementiert sich.

Stettin, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsche nationale „Pommersche Tagespost“ in Stettin, die vom preussischen Innenminister auf die Zeit vom 25. September bis 9. Oktober verboten worden war, weil sie die preussische Regierung, insbesondere den Minister Severing, auf das grüßlichste beleidigt hatte, erscheint heute wieder mit folgender Erklärung von Schriftleitung und Verlag am Kopf des Blattes: „Der Artikel „Volksparteiliche Schamlosigkeit“ in unserer Nummer 222 vom 19. September d. J. enthält unberechtigte Angriffe gegen die Regierung, die auch wir als nicht zu billigende Entgleisungen anerkennen und die wir deshalb mit dem Ausdruck des Bedauerns zurüchnehmen.“

Wie sie lügen.

Zu dem Artikel des Genossen Dan in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“, in dem das Martyrium der politischen Gefangenen in Sowjetrußland geschildert wurde, bemerkt die „Rote Fahne“, daß der Verfasser „nicht leugnen könne, daß die politischen Gefangenen in Sowjetrußland in herrlichen Moskauer Palästen und bequemen Klosterbauten aufbewahrt werden.“ So werden vom Berliner Rubelblatt die Darstellungen des Genossen Dan umgefaßt, wonach frühere Paläste und Klosterbauten dank der herrschenden Wirtschaftskrise und der tschechischen Barbarei in Gefängniszellen umgewandelt worden sind, in denen die Gefangenen zugrunde gehen. Auf die Feststellung des Genossen Dan, daß die kommunistische Presse gefälschtes Bildermaterial veröffentlicht hat, geht das Berliner Hiltnerblatt natürlich mit keinem Wort ein. Diese klamauerliche Tatsache wird vielmehr vor der kommunistischen Leserschaft sorgfältig verschwiegen. So leben die Ehrenmänner aus, die für „Wahrheit und Recht“ kämpfen!

Die Einreise in das besetzte Gebiet. Das Militärgericht in Mainz verurteilte 12 Personen, die keine Ausweise mit sich führten, und 11, die darauf nicht den Ausdruck „besetztes Gebiet“ hatten, zu Geldstrafen bis zu 100 Mark. Diese Verurteilungen sind darauf zurückzuführen, daß über die Zureisestimmungen für das besetzte Gebiet noch immer Unklarheiten bestehen. Das besetzte Gebiet kann nur betreten werden, wenn sich der Einreisende im Besitze eines von der Polizeibehörde seines Heimatortes ausgestellten besonderen Personalausweises zur Einreise in das besetzte Gebiet befindet.

Der neue Postetat. Unter Zustimmung des Reichsfinanzministeriums hat das Reichspostministerium einen Nachtragsetat zum 1. Oktober dem Verwaltungsrat der Reichspost vorgelegt, der eine Vermehrung von 7973 planmäßigen Beamtenstellen und eine Höherstufung für weitere 6472 Postbeamte bringt. Die hierdurch entstehenden personellen Mehrkosten sind auf 500 000 M. veranschlagt. Aus dem Etat ist zu entnehmen, daß die Zahl der planmäßigen Beamtenstellen, die am 1. April 1924 genau 197 910 betrug, jetzt 204 552 betragen wird; die Zahl der außerplanmäßigen Beamten ist von 60 804 auf 51 501 vermindert.

Ein Sinfonie-Orchester keine Abonnements-Konzerte wieder aufnimmt, unbedingt diese Konzerte einem anderen Dirigenten aus künstlerischem und künstlerischem Interesse übertragen werden müssen. Es hand Herrn Kapellmeister Hildebrand natürlich frei, wie er angeordnet, zehn große Sinfonie-Abonnements-Konzerte unter seiner Leitung zu geben. Herr Kapellmeister Hildebrand hat durch die plötzliche Niederlegung seines Amtes kurz vor Beginn der Konzertsaison demnach das Orchester beinahe in große Schwierigkeiten gebracht.

Diese „Richtigstellung“, die übrigens den Anforderungen des Pressegesetzes in keiner Weise entspricht, bestätigt tatsächlich die von uns gemachten Mitteilungen.

Der Hund im Gefängnis. Der Gouverneur Bortier in Moens hat kürzlich einen Hund in das Gefängnis gebracht, wo er sein Leben lang bleiben soll. Das Tier hat keinerlei Schuld auf sich geladen, es hat vielmehr die schöne Aufgabe, die Insassen des Gefängnisses aufzuheitern und dadurch vielleicht Einfluß auf ihre spätere Lebensführung zu gewinnen. Gouverneur Bortier, ein großer Hundfreund, hat schon einmal wegen dieser Vorliebe in ganz Amerika von sich reden gemacht, als er nämlich bei dem Tode eines Lieblingshundes die offizielle Flagge auf Halbmast setzen ließ und damit weithin große Entrüstung erregte. Diesmal findet sein Tun aber sehr großen Beifall. Er selbst erklärte seinen Versuch mit einer persönlichen Erfahrung. „Unser Staatsgefängnis wurde vor einiger Zeit vom Feuer zerstört, und ich mußte mich um den Wiederaufbau kümmern. Bei meinen Besuchen nahm ich immer einen Hund mit, und da bemerkte ich, eine wie große Freude die Sträflinge an seinem Anblick hatten. Sie zeigten ihre Liebe zu dem Tier auf alle Weise, und als ich eines Tages ohne den Hund kam, herrschte allgemeine Enttäuschung. Da kam mir der Gedanke, daß ein Gefängnis ohne einen Hund selbst für einen gegenseitigen Besucher eine gar zu öde Stätte ist, und ich beschloß, den Gefangenen einen Hund zu schenken. Nach langem Suchen fand ich einen weißen Schäferhund, der mir gerade das richtige Tier für diese Aufgabe zu sein schien. Der Kaplan erzählt mir, daß er niemals ein freundlicheres Tier gesehen habe. Er macht die Runde, kennt jeden Sträfling und Wächter, und überall, wo er erscheint, steht man freudig auf. Ich glaube fest, daß die Anwesenheit eines Hundes im Gefängnis die ganze Atmosphäre in dem Hause stark beeinflussen wird, da es Leute in besserer Stimmung erhält. So wird der Hund berufen sein, den Menschen einen großen Dienst zu leisten.“

In der Volksbühne, Theater am Bülowplatz, findet am 1. Oktober, abends 7^{1/2} Uhr, die 25. Aufführung von „Schneewittchen“ mit Paul Wendels und Icha Stadlgruber statt. Herr Wendels spielt an diesem Tage die Rolle bereits zum 350. Male.

Im Eröffnungskonzert der Volkshöhe am Sonntag, den 5. Oktober, mittags 12 Uhr im Theater am Bülowplatz, wird die Kapelle der Staatsoper unter Leitung von Generalmusikdirektor Erich Richter Werke von Gluck, Brüdner und Beethoven zur Aufführung bringen.

Das Lutzerath Stadttheater ist durch eine Feuerbrunst vollständig zerstört worden.

Die Gemeinde-Galerie Carl Nicolai, Victoriastr. 26a, eröffnet am 1. Oktober eine Ausstellung von Werken der Kaiserin A. Cunow und E. Oeder.

Vom Wiederkehren . . .

Er saß auf der Gartenbank vor dem Hause und sah in den spärlichen Herbsttag hinein. In den Zweigen der Bäume und auf den Telegraphendrähten sahen sie und zwigten unruhig ihr schwarzes Gefieder. Auf den Zweigen und Drähten sahen sie — Stück an Stück — Sommerfänger! — Die waren gekommen, Abschied zu nehmen — Lebwohl zu sagen — Und sie kamen vom dem kalten Frost, von der langen Reise und von frühlicher Wiederkehr einst im Mai. Vom Wiederkehren — — —

Da wurde es ihm seltsam schwer ums Herz!

Drei Jungen —! Seine Jungen —! So waren sie einst am Sommertag hinausgezogen. Wie Sommerdögel, die ihr Nest verlassen und in die fremde Welt gehen. Und sie hatten auch gelungen — vom Wiederkehren! Sie waren hinausgezogen jung, froh! Und sie hatten gesungen vom Wiederkehren! Wie die Schwärme waren sie unruhig im fernem Lande hin und hergezogen. Bis eines Tages . . . Da hatten sie den Weg nicht mehr finden können zum Wiederkehren! — — —

Der Mite wischte mit der schwieligen Hand die Tränen aus seinen Augen. Die Schwärme kamen so schwer. —

Und dann — ein stiller Aufbruch in der Luft! Sie flogen ins Land hinein. Und auf ihre blanken Rücken warf die Herbstsonne ihr sterbendes Licht. Rot wie junges, zudendes Blut. . . .

Paul Schroeder.

Pilze, Zwiebeln und alberne Löffel.

Eine fabelhaft klingende, unsinnige Zusammenstellung, die aber im Kreise der Hausfrauen leider noch immer eine sehr große und verhängnisvolle Rolle spielt. Immer wieder hört man auf die im Tone mahmollender Behauptung vorgelegte Behauptung, daß man nur eine geschälte Zwiebel oder einen übernen Löffel mit verdächtigem Pilzen zusammen zu faden brauche, um Klarheit zu erlangen. Denn die gütige Natur habe die Stützpilze so dressiert, daß die Zwiebel sich verfarbe oder schwarz anlaufe. Dieser Aberglaube hat schon vielen Menschen das Leben gekostet, und es ist zu befürchten, daß er bei dem großen Vorkommen dieses Herbstes weitere Opfer fordern wird. Nur eine andauernde Aufklärung in der Schule könnte hier Wandel schaffen.

Das Abtöten und Wegziehen des ersten Rohwassers nimmt manchen Gichtkranken die Schädelkappe, soweit es sich nämlich um Pilze mit wasserlöslichen Giften handelt. Aber die Berliner Wälder sind voll von Knollenblätterpilzen, wozu man mit keinen weißen und grünen Avarien. Man solle ihn den Todespilzen nennen, denn bei ihm hilft weder das Abtöten, noch pflegen ärztliche Mittel zu helfen, wenn er einmal verzehrt worden ist. Der Pilz ist unten frohlig verrotzt und durchgeschüttet nicht er noch angestrichelten roten Karoffeln. Der Anfangs bekommt es demnach fertig, ihn mit Champignons oder Grünlingen zu verwechseln, und die größte Zahl der Pilzvergiftungen kommt auf seine Rechnung.

Es gibt gute Pilzbücher, aber sie helfen für sich allein keine ausreichende Lebensversicherung dar. Nicht einmal, sondern wiederholt muß man Ausflüge mit einem guten Kenner gemacht haben, ehe man sich allein auf die Pilzjagd wagen darf. Sehr wesentlich ist es, daß man ein Frühkäufer ist, sonst trifft man gerade in den besten Pilzwäldern von Kennern bereits gut abgeerntete Flächen, auf denen sich dann die stehen gelassenen Stützpilze in verführerischer und darum gefährlicher Weise breitmachen. B. E.

Argentinien im Film. Mitten hinein in das bunte, vielgestaltige Leben des zweitgrößten südamerikanischen Staates führt ein Film der Döringfilmwerke, Hannover, der in der „Urania“ gezeigt wurde. In einigen Bildern erleben wir die Ueberfahrt auf einem der für den Südamerikadienst bestimmten Lloyd-Dampfer. Wundervolle Meeresansichten und Vorkommnisse wechseln mit Vorbereitungen in unterhaltsamer Folge. Dem lauten Montevideo das Augustob der südamerikanischen Lebenswelt aus blauen Fluten empor und endlich landet das Schiff in Buenos-Aires, der Stadt der guten Wüste, dem Hauptausfuhrhafen Argentiniens. Diese ungeheure Stadt mit ihrem Unterteil, der den New Yorks übertrifft, mit ihren prächtigen Gebäuden und Parkanlagen wurde hauptsächlich aus dem Nichts geschaffen. Sie sieht da, wo ehemals öde Wüste war. Neber drei Zonen dehnt sich Argentiniens Boden, und so sind dort die Naturkräfte so mächtig, wie in kaum einem anderen Lande. In der Gegend des Feuerlandes jagt man auf der See den Wal, an der Westküste längs der Anden gräbt man nach Erz. Weizenfelder von der Größe einer deutschen Provinz werden maschinell bearbeitet, Baumwolle, früher einer der Hauptausfuhrartikel, wird jetzt zum großen Nachteil Englands, im Lande selbst zu fertigen Geweben umgeformt, Bohrflüsse, die an Baku erinnern, ragen über weiten Ozean auf. Judderode und Hund von ungeahnter Größe wird hier geerntet und Weinbau in acht amerikanischen Weisen getrieben. Sehr gute Bilder, die große Spannung auslösen, führen uns in die Viehfarmen, in denen die Gauchos ihre Geschicklichkeit als Beherrscher der Vierbeinigen zeigen. Pferde werden zugeritten, Rinder eingefangen, ein Geschäft, zu dem Kraft, Gewandtheit und Mut gehören. Wir werden zu dem größten Wasserfall der Erde geführt, der an der Westküstengrenze liegt, dort, wo Argentinien, Brasilien und Paraguay zusammenstoßen. Er ist etwa zehnmal größer als die Niagarafälle. Millionen von Verdienstern harren hier noch der Erträge. So zeigt dieser Film ein jungfräuliches Land, ein Land, das große Zukunft hat und das sich ansieht, mit Riesenschritten das alte Europa zu überflügeln. Ws.

Das Berliner Sinfonie-Orchester sendet uns auf die in unserer Abendnummer vom 26. d. M. gemachten Mitteilungen folgende Richtigstellung „auf Grund des Pressegraphen“: Nicht nur das Berliner Sinfonie-Orchester hatte während der Kriegs- und Inflationsjahre schwere Zeiten durchzumachen, sondern jedem künstlerischen Institut erging es ebenso. Aus diesem Grunde lediglich wurde das Berliner Sinfonie-Orchester keine langjährigen Sinfonie-Abonnements-Konzerte vorübergehend einstellen. Herr Kapellmeister Hildebrand, als langjähriger Dirigent des Berliner Sinfonie-Orchesters, mußte bekannt sein, daß, wenn das Ber-

Die Tarifiermäßigung bei den städtischen Werken.

Die deutsche Wirtschaft steht in dem Zeichen des Preisabbaues. In einer Zeit, in der die Kohlenpreise, die Eisenbahnfrachten, die Umfahrsteuer usw. ermäßigt werden, müssen auch die kommunalen Unternehmungen ihre Tarife herabsetzen. Von dieser Erkenntnis ausgehend, hat der Aufsichtsrat der Berliner Städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in seiner gestrigen Sitzung beschloffen, die Preise der drei Unternehmungen weiter zu ermäßigen. Es ist das die zweite Herabsetzung in diesem Jahre, nachdem die erste bereits im Monat April stattgefunden hat. Bei den einzelnen Werken sind die neuen Tarife wie folgt festgelegt worden:

Der Gaspreis

wird von 19 auf 16 Pf. pro Kubikmeter ermäßigt. Er betrug im Anfang des Jahres noch 21 Pf. Allerdings wird die Gasmessermiete, die vor dem Kriege berechnet wurde, während der Inflationszeit aber aufgehoben war, wieder neu eingeführt. Sie beträgt für den kleinste Jähler, das sind die drei- und fünfzähligen Gasuhren, 40 Pf. pro Monat. Diese Kategorien umfassen beinahe neun Zehntel aller Gasabnehmer. Für die nächsthöheren Jähler, d. h. die zehnzähligen Gasuhren, beträgt die Miete 75 Pf. pro Monat. Wenn auch die Wiedereinführung der Messermiete die Verminderung des Kubikmeters um 3 Prozent teilweise aufhebt, so bleibt doch eine merkliche Verminderung der Gaskosten bestehen.

Der Elektrizitätstarif

für Kleinabnehmer ist bekanntlich seit April d. J. ein Grundgebührentarif, der aus einer festen Grundgebühr und einer Arbeitsgebühr für jede verbrauchte Kilowattstunde besteht. Die Grundgebühr richtet sich in ihrer Höhe nach der Größe des Zählermessbereiches, d. h. nach dem Umfang der Installation bei den Abnehmern. Sie beginnt bei den kleinsten Verbrauchern mit einem Betrage von 80 Pf. pro Monat. Die Grundgebühr bleibt unverändert. Dagegen wird die Arbeitsgebühr, die bisher 18 Pf. für eine Kilowattstunde betrug, auf 16 Pf. ermäßigt. Vor dem April d. J. bestand ein Einheitsstarif für Licht und Kraft

von 42 Pf. für die Kilowattstunde. Gegenüber diesem Einheitsstarif bedeutet der neue ermäßigte Grundgebührentarif für den Durchschnitt der Abnehmer eine Preisermäßigung von etwa 20 Proz.

Der Wasserpreis

wird von 19 Pf. pro Kubikmeter auf 17 Pf. ermäßigt. Er betrug vor dem April d. J. 21 Pf. Eine Messermiete wird beim Wasser nicht erhoben. Die neuen Tarife treten ab Bestandsaufnahme im Monat Oktober in Kraft.

Die letzte Tarifiermäßigung bracht für die Einwohnerschaft unserer Stadt beträchtliche Ersparnisse. Für die Werke aber hat sie natürlich einen starken Anstoß an Einnahmen zur Folge. Dabei ist die letzte Herabsetzung, wie gesagt, bereits die zweite in diesem Jahre. Es ist klar, daß der Preisabbau nicht in dem bisherigen Tempo fortzuschreiten kann, wenn es nicht gelingt, die ganze Wirtschaft der Werke auf einen höheren Standpunkt zu heben. In einem gewissen Grade wird eine Verbilligung der Erzeugung dadurch eintreten, daß sich der Abfall der Werke als Folge der Tarifiermäßigungen vergrößert. Allerdings könnte die Stadtdirektion selbst zu einer Ausdehnung des Abfalles bei den Gas- und Elektrizitätswerken beitragen, indem sie die jetzt recht kümmerliche Straßenbeleuchtung erweitert. Das Publikum befindet sich vielfach in einem Irrtum, wenn es die Vermaltung der Gas- und Elektrizitätswerke für diesen Uebelstand verantwortlich macht. Nicht die Werke haben über Zahl und Brenndauer der Lampen zu bestimmen, sondern der Magistrat bzw. die Bezirksämter. Die Werke liefern die öffentliche Beleuchtung in dem Maße, wie sie bei ihnen bestellt wird; sie sind durchaus daran interessiert, daß der Umfang dieser Bestellung sich vergrößert.

Außer der Steigerung des Abfalles ist aber noch eine fortlaufende technische Verbesserung der Werke erforderlich. In dieser Hinsicht ist bei allen drei Unternehmungen, nach der langen Pause der Kriege- und Inflationsjahre, noch viel zu tun. Wenn es gelingt, den Abfall zu heben und die Betriebe gleichzeitig technisch fortzuentwickeln, so wird es in absehbarer Zeit möglich sein, die Preise noch weiter zu ermäßigen, so daß die Tarife das Friedensniveau wieder erreichen. Dr.-Ing. W. Majerczik.

Bewerkschaftsbewegung

Streik im Berliner Expeditionsgerwerbe.

Heute morgen haben die Rauscher, Lager- und Bodenarbeiter im Expeditionsgerwerbe die Arbeit eingestellt. Der Monatslohnvertrag vom 1. September abgelaufen. Die Verhandlungen zu einer Erneuerung blieben ergebnislos. Die Arbeiter forderten einen Wochenlohn von 37,50 M., während die Unternehmer nur 30,50 M. bewilligen wollten, obwohl im übrigen Transportgerwerbe Tariflöhne von 38 M., im Möbeltransportgerwerbe 41 M. Bodenlohn gezahlt werden. Die Differenzen betreffen auch die Ueberstunden und deren Bezahlung. Der Streik wurde am Montagabend beschloffen, um die Verhandlungen in Fluß zu bringen und ihnen härteren Nachdruck zu geben.

Die „Teno“ im Rundfunk.

Die Technische Rothhilfe erinnert an ihr fünfjähriges Bestehen und benützt diese Gelegenheit, um mit besonderem Nachdruck zu betonen, daß die TR einstweilen noch nicht entbehrlich werden kann. Das ist ihre Meinung, die schließlich in verschiedenen Unternehmungen geteilt werden mag, von der Arbeitnehmerschaft jedoch entschieden bestritten wird. Die „Teno“ begnügt sich jedoch keineswegs mit der Verbilligung ihrer Bedoufsamkeit und Unentbehrlichkeit durch ihren Nachrichtendienst, sie will auch den Rundfunk in ihren Dienst stellen.

Im Programm des heutigen Abends ist ein Vortrag von Dipl.-Ing. Kaufmann über „Fünf Jahre Technische Rothhilfe“ angekündigt. Wegen einer solchen Stimmungsmache wendet sich eine Zuschrift des Arbeiter-Radio-Klubs mit einem energischen Protest. Diefem Protest können wir uns nur anschließen. Ohne hier auf den Wert oder Inneren der „Teno“ einzugehen, muß doch beachtet werden, daß durch eine einseitige Beeinflussung der Rundfunkteilnehmer, worunter nicht wenige Arbeitnehmer, die von der „Teno“ sehr wenig erbaut sind, dieses Blut gemacht wird.

Man könnte ja all denen, die von der „Teno“ maß entzünd sind, den Rat geben, heute abend zwischen 7 und 10 Uhr den Hörer liegen zu lassen. Doch darum dreht es sich nicht allein.

Wegen uns uns wenden, ist die Stimmungsmache in den Kreisen derer, die die Dinge nicht kennen und nun durch einen Vortrag über die angeblichen Vorzüge der „Teno“ veranlaßt werden sollen, sich irgendwie für deren Veremigung einzusetzen. Müssen die Rundfunkteilnehmer sich schon die Reflexe für einzelne Geschäfte gefallen lassen, so können sie sich unmöglich Vorträge bieten lassen, die auf das gewerkschaftliche und politische Gebiet hinüberspielen. Der Rundfunk darf das neutrale Gebiet nicht verlassen und sich nicht einseitig einstellen lassen. Wir hoffen, daß diese Andeutungen genügen, um den vor-gezeichneten Vortrag abzuzeigen.

Berliner Metallarbeiter und Dawes-Gutachten.

In der am Montag abgehaltenen Quartalsgeneralversammlung der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes sprach der Vorsitzende des Verbandes, Reichstagsabgeordneter Dittmann über das Dawesgutachten. Der Referent ging davon aus, daß das Gutachten die bisher von den Alliierten angewandte Methode der militärischen Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland beibehält und statt dessen wirtschaftliche Maßnahmen vorschlägt. Es kommt unserer Auffassung insofern näher, daß der deutschen Wirtschaft, sollen wir Reparationen leisten, nicht mit Feindlicher Hilfsmitteln gedient sei. Nun soll die Schwere der Bedingungen des Gutachtens durchaus nicht verkannt werden. Die Stellung der Gewerkschaften und ihrer Führer im Reichstago war jedoch von vornherein gegeben. Hätten wir Sozialisten untereinander in London eine Lösung finden können, wäre allerdings etwas anderes herausgekommen. Aber unsere Gegner von links, die uns jetzt die größten Vorwürfe machen, haben an meisten dazu beigetragen, daß nicht Sozialisten nach London geschickt sind. In längeren Ausführungen ging Dittmann auf den Inhalt des Dawesgutachtens ein. Seine Forderung lautet: Es ist notwendig, daß die deutsche Wirtschaft in Gang und zu höherer Leistung gebracht wird. Das Gutachten schafft die Möglichkeit dazu, indem es uns in der ersten Zeit eine Liniempause läßt, die der Erholung dienen soll. Alle Gegner des Dawesgutachtens haben Vorschläge für eine andere, bessere Lösung des Reparationsproblems vorgebracht; niemand konnte eine Garantie übernehmen, daß wir bei späterer späterer Verhandlung einen günstigeren Boden gefunden hätten. Wenn die Kommunisten jetzt schreiben: Das Gutachten stellt ausländisches Kapital nach Deutschland — wir werden die Sklaven des Auslandes, so muß ihnen entgegengehalten werden, daß schließlich die russischen Handelsverträge auch nichts anderes bezwecken. Wird die Notwendigkeit, ausländische Kredite zu erhalten, für Sowjetrußland anerkannt, so kann man Deutschland seinen Vorwurf daraus machen. Die Gegner des Gutachtens verschweigen geflissentlich, daß wir bisher schon Reparationszahlungen machen, nur unter ungünstigeren Bedingungen, als sie jetzt festgelegt sind. Dittmann äußerte unter dem Beifall der großen Mehrheit der Versammlung sein Bedauern darüber, daß die Kommunisten es sich jetzt noch gegen ihre Klassengenossen wagen, anstatt mit ihnen für eine gerechte Verteilung der Waffen zu kämpfen. Angehts des Vorhabens der Unternehmlichkeit, durch verlängerte Arbeitszeit bei verminderten Löhnen eine höhere Produktion zu erzielen, angesichts der drohenden Schuldscholle, angesichts des bevorstehenden Kampfes um sozialpolitische Fragen oder um die eine oder andere geschlossene, einige Arbeiterschaft nötiger denn je.

Die Diskussion benutzte der kommunistische Fraktionsredner Niederlöhner eine Stunde lang. Er mußte zugeben, daß auch die Kommunisten keinen praktischen Vorschlag zur Lösung der Reparationsfrage in der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftssystem machen konnten. Er forderte — wahrscheinlich im Auftrag des Mitteleuropäischen Bureau der KPD-Zentrale — eine „proletarische Lösung“, wozu allerdings so ein bißchen Weltrevolution nötig sei. Wie sie „gemacht“ werden soll, weiß auch er nicht, da die Moskauer Parolen häufig wechseln.

Die Versammlung nahm schließlich nach einem Schlußwort folgende Resolution an, um sich dann in vorgerückter Stunde zu verlegen:

„Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Berlin, erklärt nach den Darlegungen des Kollegen Dittmann, daß die Einstellung des DAWES, sowie des erweiterten Beirats des DAWB in der Frage des Sachverständigenratens reiflos ihrer Auffassung entspricht. Sie fordert von den Mitgliedern der Verwaltungsjahre Berlin, im Sinne der Beschlüsse des DAWB und des erweiterten Beirats mit aller Kraft tätig zu sein.“

Die Wahlen der örtlichen Betriebsräte bei der Reichsbahn.

Nach den Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn, die im Mai stattfanden, konnten wir sofort über das Gesamtergebnis berichten, wie es sich in der Stimmenabgabe für den Hauptbetriebsrat im Reichsverkehrsministerium spiegelt. Schon damals ergaben die endgültigen Zahlen, daß die Verbilligung eines großen „kommunistischen Sieges“, mit der es die Presse dieser Partei außerordentlich eifrig hat, nur auf einigen Teilergebnissen beruhte und durch das Endergebnis nicht bestätigt wurde. Aber erst jetzt ist es möglich gewesen, eine genaue Uebersicht über die örtlichen Wahlresultate im ganzen Reiche zu erlangen, und diese zeigen nun den reuem und noch drastischer als das Ergebnis der Wahl des Hauptbetriebsrats, daß der kommunistische Einfluß in den Betriebsräten bei der Reichsbahn außerordentlich schwach ist. Insgesamt wurden in diesem Jahre

Sozialrentner für die Republik.

Die Tagung des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen.

Der Verband hielt kürzlich seinen zweiten Verbandstag in Dresden ab. Der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht wurde von dem Verbandsvorsitzenden Matthes und dem Hauptkassierer Kleifges ergänzt. Als ein Wunder muß es bezeichnet werden, daß der Verband aus der Inflationszeit best. hervorgegangen ist. In einem Zeitraum von zwei Jahren — seit dem letzten Verbandstage in Braunschw. — ist der Betrag zehnmal erhöht worden. Im Monat Oktober 1923 betragen die Einnahmen der Hauptklasse 8 Millionen Mark, das Vorlo der Hauptklasse allein, ohne die anderen Abteilungen, 270 Millionen Mark. In den ersten drei Monaten der Stabilität erhöhte sich der Verband stütlich und brachte es auf 42 000 zahlende Mitglieder. Im Monat April waren es 65 500 und im Mai 76 000 Mitglieder. Hingugefügt muß werden, daß die eigentliche Mitgliederzahl des Verbandes eine weit größere ist.

Von einer Seite wurde das Zusammengehen mit dem Internationalen Bund der Kriegssopfer gefordert und befürwortet. Der Verbandsvorsitzende Matthes lehnte ein Zusammengehen ab. Die Kampfweise des Internationalen Bundes, sein Einbruch in das Interessengebiet des Verbandes, verbiete ein Zusammengehen von selbst. Erst sollten die Kriegsschädigten unter sich einig sein, dann könnte man ernstlich einer Verschmelzung näherzutreten. Der Verbandstag beschloß darauf, ein Zusammengehen mit dem Internationalen Bund abzulehnen. Von dem Vorstandsmittglied Karlsten wurde der sozialpolitische Bericht gegeben. Verbunden war damit die Stellung des Verbandes zur Sozialpolitik und dem Fürsorgewesen. Die Aussprache darüber war manchmal sehr lebhaft und auch der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums Herr Ministerialrat Dr. Böhl und Herr Binder vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge beteiligten sich daran.

Der Verbandstag legte gegen einige Stimmen ein klares Bekenntnis zur Republik ab. Er verurteilte aufs schärfste alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, die durch die Weimarer Verfassung geschlossene Staatsordnung gewaltsam zu untergraben und zu zerstören. Die Rechtsansprüche der Sozialrentner könnten nur in einem geordneten Staatswesen unter Mitwirkung der Sozialrentner durchgeführt und sichergestellt werden.

Als Gäste nahmen an dem Verbandstag teil: Ministerialrat Dr. Böhl, Reichsarbeitsministerium, Dr. Maler, Sächsische Staatsregierung, Richter, Vorstand des städtischen Fürsorgewesens in Dresden, Stadtrat Binder, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Karole, Vorsitzender des Reichsbundes der Kriegsschädigten.

In den geschäftsführenden Vorstand wurden gewählt: Matthes und Karlsten-Berlin als Vorsitzende mit gleichen Rechten, Kleifges-Berlin als Hauptkassierer.

Markendiebstahl im Reichspostmuseum.

Während der Besuchszeit.

Während der Besuchszeit wurde gestern im Reichspostmuseum ein junger Mann von einem Kuffeher dabei ertappt, daß er die Schelbe einer Kuchenhängele einbrachte. Der Kuffeher ließ die Personalien des jungen Mannes feststellen, der angeblich vorübergehend in der Herberge zur Heimat in der Auguststraße aufzuhalten. Als der Kuffeher von der Feststellung an seinen Vorgesetzten zurückkehrte, bemerkte er, daß inzwischen ein anderer, sichtlich ein Komplize des ersten, an der beschädigten Drehscheibe eine Tafel herausgehoben und einen Karton mit einer Markenserie entwendet hatte. Der gestohlene Papptarifen ist 17 x 19 Zentimeter groß, und auf ihm sind Freimarken von Hawaii aus den Jahren 1853 und 1859 bis 1864. Von 1853 drei Stück blau und rot, aus den anderen Jahren acht Stück dunkelblau, blau und schwarz. Ferner waren auf dem Karton noch Marken aus dem Jahre 1861, zwei Stück 2 Pence rosa, aus dem Jahre 1864 ein Stück albonerrot, aus dem Jahre 1865 drei Stück blau und aus dem Jahre 1866 zwei Stück, eins dunkelblau und eins dunkelrot. Die dunkelblaue 66c Marke hat einen Katalogwert von 1000 M. Die Nachforschungen haben ergeben, daß die Angaben des ersten Mannes, der die Schelbe eingedrückt hat, nicht stimmen. Er ist in der Herberge zur Heimat unbekannt. Der Dieb ist ungefähr 30 Jahre alt, 1,78 Meter groß, hat ein blaues Auesehen, ist schmächtig und bartlos. Er war bekleidet mit einem grauen Jackett und einer graugrünen Hose und trug einen braunen Schapphut. Besonders auffallend war seine krumme Haltung, so daß es aussah, als ob er einen kleinen Budei habe. Eine Beschreibung des zweiten Mannes kann leider nicht gegeben werden. Der Ankauf der gestohlenen Marken wird gemeldet. Kritikalungen, die dazu dienen können, diese Vertriebsobjekte mit der Herbeizuschaffen, nimmt Kriminalkommissar Gemnat im Zimmer 105 im Polizeipräsidium entgegen.

Zwei Einbrecher auf der Flucht angehossen.

In der vergangenen Nacht gegen 3 Uhr wurden der 27jährige Kaufmann Maximilian Gaenge aus der Gehelberger Str. 13 und der wohnungslose 27jährige Arbeiter Arthur Gröffe bei einem Einbruch in das Wäschegeschäft Stralauer Allee 30 überrascht. Sie hatten bereits graue Stoffen Wäsche zusammengepackt und wollten diese in einer Herbedrohle inschleppen. Als sie auf den wiederholten Anruf von Schutzpolizisten, die sich auf einem Streifzuge befanden, nicht stehen blieben, gab die Beamten

mehrere Schüsse ab, durch die Gaenge in der Beckengend, Gröffe an den Beinen verletzt wurden. Beide sind als Polizeigefangene dem Staatstrankenhaus zugeführt worden.

Prozeß Heiser.

Aussetzung bis Sonnabend.

Die Fortführung des Prozesses gegen den Apotheker Paul Heiser vor der ersten Berufungsinstanz des Landgerichts II steht heute auf Schwierigkeiten und die Durchführung erscheint noch in Frage gestellt. Die wegen Beihilfe mitangeklagte Ehefrau Walli Heiser war schon am gestrigen Nachmittage erkrankt, bekam Erbrechen, so daß Landgerichtsdirektor Marquardt die Verhandlung abbrechen mußte. Bei der heutigen Verhandlung war sie nicht erschienen. Der Chemann erklärte, daß sie befalliger sei und nicht kommen könnte. Außerdem ergab sich, daß eine wichtige Belastungszeugin, eine Frau Brodemann, ebenfalls nicht erschienen war. Nach der polizeilichen Auskunft soll sie krank sein und vor der Ueberführung in ein Krankenhaus zu einer Operation stehen. Hinsichtlich dieser Zeugin wird der Ausweg gesucht werden müssen, sie im Krankenhaus zu vernehmen. Dagegen beantragte das Gericht, den Gerichtsarzt Medizinrat Dr. Störmer sofort nach der heiserischen Wohnung zu entsenden, um festzustellen, ob es nicht möglich sei, daß Frau Heiser vor Gericht erscheinen könne. Die Verhandlung wurde daraufhin auf längere Zeit, bis zur Rückkehr des Arztes, vertagt. Gegen 11 Uhr ersetzte Medizinrat Dr. Störmer dem Gericht Bericht über das Ergebnis seiner Untersuchung. Danach leidet Frau Heiser an schwerer Herzschwäche und Blutarmut in Verbindung mit einem ganzen Komplex von Nebenerscheinungen. Nach Aussagen des Arztes wäre es nur möglich, Frau Heiser bald zu vernehmen, wenn sie in einem Krankenhaus sorgsam gepflegt würde, sonst könnte sie erst in fünf bis sechs Wochen vernehmungsfähig sein. Im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft und dem Verteidiger setzte das Gericht die Verhandlung bis Sonnabend aus. Das Gericht ordnete noch an, daß Frau Heiser auf Staatskosten in einem Krankenhaus untergebracht werden sollte, um ihre baldige Vernehmung zu ermöglichen. Medizinrat Dr. Störmer wurde beauftragt, Frau Heiser weiter zu beobachten. Sollte sein Bericht günstig ausfallen, so wird am Sonnabend vormittag die Verhandlung auch gegen Frau Heiser fortgesetzt, im anderen Falle wäre das Gericht genötigt, trotz schwerwiegender Bedenken, die Anklage gegen Frau Heiser abzutunnen und gegen den Chemann Heiser allein weiter zu verhandeln.

Ueberfall aus Nahe.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags überfielen sieben halbwüchsige Burschen im Alter von etwa 15 bis 17 Jahren das von einer Beforgung heimkehrende Ehepaar Gumpert im Flur des Hauses Köpenicker Str. 24. Dabei trug Gumpert Verletzungen am Kopf und an der Nase davon, sowie eine Gehirnerschütterung. Nach den angestellten Ermittlungen sind diese Burschen von einer Mitbewohnerin des Hauses, die mit dem Ehepaar Gumpert in Unfrieden lebt, zu der Tat überredet worden.

Oberpostassistent a. D. Ferdinand Meier, von dessen moralisch niederrüchigem Verhalten gegenüber einer Frau, die ihm alles gekoppert hatte, wir in der heutigen Morgenausgabe berichteten, ist dort gelandet, wo er nach seiner Charakterveranlagung hingehört: bei den Deutschnationalen. Nach einer Mitteilung der „Völkischen Zeitung“ ist dieser Mann, dessen moralische Hinrichtung gestern vollzogen wurde, nach seiner Entlassung bei der Deutschnationalen Volkspartei angestellt worden. Man darf ihr gratulieren.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik sind Berlin S.W. 9, Lindenstraße 2.

Weis an das Bezirksleiteramt, 2. Hof, 2. Zw. rechts, zu richten.

Jugendsozialisten-Gruppe Tempelhof-Mariendorf, Deute, Dienstag 7 1/2 Uhr: Diebstahlmangel (Einleitung von Fremde) Lagerum Tempelhof, Germaniastr. 4/5.

Jugendveranstaltungen.

Zur 2. Probe des Chörems „Das Hab“ rücken wir reger Beteiligung der Jugendgenossen zum Spruchwort. Es werden hier für 300 Teilnehmer benötigt. — Der zweite Übungsabend findet am Donnerstag, den 2. Oktober, pünktlich abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Lindenstraße 8. Statt.

Abt. Schneider II, Dienstag 7 1/2 Uhr abends freit in Gruppe Schneider II Jugendheim (Schule Franzosenstr.) Gen. Bankstr. 11/12 über: „Resolution und Sozialismus in Rußland“.

Geschäftliche Mitteilungen.

Abends Halbes Teno, vom 1. bis 3. Oktober bieten die von Zeit zu Zeit wiederkehrenden Halbes-Tage der Firma S. & W. M., Schulstr. 2, 26, wieder einmal Gelegenheit, wirklich gute Waren zu besonders billigen Preisen einzukaufen. — Eine neue Einrichtung der Oberpreis hat das bekannte Schuhfabrik Wehrhahn, Mühlstraße 2, mit seinen Filialen Postbusen Damm 13 und Hauptstr. 34, große Warenpreise ebenfalls im Preise herabgesetzt um den Preisabbau der Regierung zu unterstützen nach dem Grundloz: Gehen Sie, lassen Sie liegen, lassen Sie verkaufen auf das Interesse in der heutigen Ausgabe.

13 666 Mitglieder örtlicher Betriebsvereinigungen gewählt, wovon 11 302 oder 82,68 v. H. dem Deutschen Eisenbahner-Verbande und nur 571 oder 4,18 v. H. dem kommunistischen Freien Eisenbahner-Verband oder der aus dem gleichen faulen Holze geschnittenen „Opposition“ angehören. Wenn in diesen Zahlen ein Sieg dieser Richtung zum Ausdruck kommen soll, dann wünschen wir diesen Feinden der gewerkschaftlichen Bewegung der Arbeiter noch viele Siege dieser Art.

Außerdem fällt bei dem Gesamtergebnis der örtlichen Wahlen die im Vergleich zu den Vorjahren hohe Zahl von 275 unorganisierten Betriebsratsmitgliedern auf. Vergleicht man diese Zahl mit den entsprechenden Zahlen der früheren Jahre, so zeigt sich, daß die Zahl der Unorganisierten in dem gleichen Verhältnis zugenommen hat wie die Zahl der Betriebsratsmitglieder, die auf den Listen der kommunistischen Propaganda gewählt wurden. Unterzucht man ferner die örtliche Verteilung der in diesem Jahre gewählten Unorganisierten, so ergibt sich, daß ihre Zahl in den

Gebieten am größten ist, wo sich auch der kommunistische Einfluß am stärksten in der Zahl der gewählten Betriebsratsmitglieder widerspiegelt. Auch diese Tatsache zeigt von neuem, daß der Haupteffekt der kommunistischen Propaganda in den Gewerkschaften in einer Verbreitung des Indifferentismus besteht.

Die Wahlen bei der Reichsbahn.

Das Ergebnis der Beamtentratswahlen bei der Reichsbahn, die am 5. September stattgefunden haben, liegt nurmehr vor. In runden Zahlen verteilen sich die abgegebenen Stimmen für den Hauptbeamtenrat wie folgt: Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter 99 500 (6 Sitze); Deutscher Eisenbahnerverband 31 800 (2 Sitze); Gewerkschaft deutscher Eisenbahner 59 500 (4 Sitze); Gewerkschaft der Reichsbahnbeamten 58 900 (4 Sitze); Gewerkschaft technischer Eisenbahnbeamten 16 600 (1 Sitz. Die beiden

erwähnten Verbände gehören zu den freien Gewerkschaften (FDGB); die Gewerkschaften deutscher Eisenbahner sind ein Teil des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB); die beiden letztgenannten Gewerkschaften sind dem Deutschen Beamtenbund angeschlossen.

Neue Anschlüsse an die IZV.

Zur Aufnahme in die Internationale Transportarbeiter-Föderation haben sich während der letzten Wochen angeschlossen: der Finnländische Transportarbeiterbund mit 4000 Mitgliedern, sowie der Indische Spoorbond (Verband der Eisenbahnbeamten in Niederländisch-Indien).

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Klaus Götter; Gewerkschaftsbewegung: J. Klein; Redaktion: Dr. John Schilling; Redaktions- und Geschäftsleitung: Felix Ratzlaff; Anzeigen: H. Gluck; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlag, Berlin, am Berolinerhof, Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Rose-Theater
Deutsch-Volksbühne
Alt-Heidelberg
Anfang 7.45

Von der Reise zurück
Dr. med. Müller-Kypke
Hamopath. Arzt
Charlottenburg, Bismarckstr. 3 (Knie)

Gade Mäggen
tauft
Rothberger Str. 43
Nord 4661

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter - Filiale Groß-Berlin
Berlin N. 24, Johannisstr. 14/15. - Tel. Nord 2656, 2657, 3438.

Bezirksversammlungen

- Donnerstag, den 2. Oktober 1924
- Bermaltungsbez. 10 Zehlendorf, im Vindenspark, Votobauer Str., abends 7 Uhr.
 - 14 Neukölln, Heft Carlsgarten, Carlsgartenstr. 6/10, abends 7 Uhr.
 - 16 Köpenick, bei Scholz, Friedrichshagen, Friedr. Str. 81, abds. 7 Uhr.
 - 17 Lichtenberg, Schulhaus Cecil-Platz, Lichtend., Rathausstr. 3, abds. 6 1/2 Uhr.
 - 18 Schöneberg, Weidenstr. 10/11, Promenade (Kula), Neulagen, abds. 7 1/2 Uhr.
 - 20 Reinickendorf, Reinickendorf-Heft, Schanzenstr. 101/104 (Hartmanns Brauerei), abends 6 1/2 Uhr.
 - Buch, Buch, Range, am Bahnh., abends 7 1/2 Uhr.
- Freitag, den 3. Oktober 1924
- Bermaltungsbez. 8 Spandau, „Nordpol“, Lutherstr. 2, abends 6 Uhr.
 - 9 Bismarckstr., Hoh. Kaiser-Allee 51/52, abends 6 1/2 Uhr.
 - 12 Steglitz, Albrechtshof, Osttrierstraße, Steglitz, Albrechtstraße 1, abends 7 Uhr.
 - 13 Tempelhof, Heft Kranich, Mariendorfer, Chausseestr. 27 b, abds. 6 1/2 Uhr.
 - 15 Tempelhof, Schulhaus, Niederhörsenweide, Berliner Str., abds. 7 1/2 Uhr.
 - 19 Prenzlau, Heft „Türkisches Jeli“, Pantow, Breite Str. 14, abds. 6 1/2 Uhr.
 - 1 Ritzke
 - 2 Tiergarten Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/25, abends 6 1/2 Uhr.
 - 3 Wedding
 - 4 Prenzlauer Berg
 - 5 Friedrichshagen, Hofes Heft, Heberstr. 17, abends 6 1/2 Uhr.
 - 6 Hallesches Tor, Sophien-Platz, Sophienstr. 17/18, abends 6 1/2 Uhr.
- Sonntag, den 8. Oktober 1924
- Bermaltungsbez. 7 Charlottenb., Schiller-Realschule, Schillerstr. 26, abends 7 Uhr.
 - 11 Schöneberg, Vindenspark, Schöneberg, Hauptstr. 18, abends 7 Uhr.
- Referenten: Böhm, Schner, Gnaul, Götz, Karpel, Cagodjinski, Czuy, Mal. Dolenske, Schum.

ADAMS Balken Tage

Mittwoch Donnerstag Freitag
1. Okt. 2. Okt. 3. Okt.

Meine Balkentage „ges. gesch.“ bieten Gelegenheit, wirklich gute Ware zu besonders billigen Preisen einzukaufen.

Hosen Hosen
Jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. München-Gladbacher Hosen-Zentrale.
Herren- und Knaben-Anzüge, Hosensträger, Stutzen sehr preisw.
München-Gladbacher Hosen-Zentrale
Rögner Str. 25 (nahe Gesundbr.)
Blauer Laden - Fahrgeldvergüt.

Stahlmattentzen
n. Maß, Polsterstuhl, Metall, u. Brit. Gültf. Berlin, Rat. Markt, Eisenmühl, Subl. Thür.

Auf Teilzahlung!
Herren-Garderobe
Gute Qualitäten zu soliden Preisen
CAMNITZER
Schönhagen Allee 621, am Untergundh. Nordring

Stegdecken
preiswert, direkt Fabrik
Bernhard Strohmandel,
72 Wallstr. 72/73, Spittelmarkt,
6. Gebellstr. u. Nikolburg, Pl. 2
Alle Stegdecken werden aufgearb.

Linoleum-Rausch
Warschauer Straße 6

10 billige Cocos-Tage!

Läufer u. Matten bedeut. herabgesetzt.
Linoleum-Läufer
67 cm breit à Mtr. 2.25
90 cm breit à Mtr. 3.50
100 cm breit à Mtr. 3.75

Strickwesten
u. Jacken 8.75 12.50 17.50, reine Wolle
Über 500 Stk. v. d. kleinsten Kindergr. bis zur größten Welte ständig a. Lager.
Bleyes sämtl. Fabrikate
zu Originalpreisen.
Bruno Richter & Co., Fabr.-Nödig.
Thuring. Wollwaren - Hin-Pankow
Münsterstr. 1, Ecke Breite Str.

HOLZHAUSER
von 500 Mk. an.
Schuppen, Hallen, Garagen etc. liefert preiswert kurzfristig
Holzhausbau Löffmann
8 1/2 Lathenweg, Berlin 11, 11/13
Karden 102/11

Zum Monats-Anfang!

Damen-Mäntel

- Flausch-Mäntel einfarbig, braun und blau 9.85
- Flausch-Mäntel nach englischer Art gemustert 18.75
- Eskimo- u. Affenhaut-Mäntel in vielen Formen und Farben 25.00
- Astrachan-Mäntel in Mohr, ganz gefüttert 39.50
- Biberette-Mäntel schwarze Wata, ganz auf in Futter 75.00
- Seiden-Plüsch-Mäntel schwarz, ganz auf widdenen Futter 98.50

Woll- und Wirkwaren

- Strickmützen für Knaben, viele Farben 95 Pf.
- Sport-Westen reine Wolle 9.85
- Golf-Blusen reine Wolle 10.50
- Schafwolle schwarz und grau 50-g-Lage 39 Pf.
- la. Strickwolle Kammergarn, schwarz, grau, und braunmeliert 50-g-Lage 49 Pf.
- Jumperwolle in allen mod. Farben, 50-g-Lage 75 58 Pf.

Handschuhe und Strümpfe

- Damen-Handschuhe Schwed. lmit, eleg. Aufsatz, halb gefüttert 1.10
- Herren-Handschuhe Schweden lmit., mit breiter Aufsatz, halb gefüttert 1.15
- Sportstutzen reine Wolle, farbig mit buntem Rand 1.75
- Füßlinge schwarz 28 Pf.
- Damenstrümpfe Kunstseide, felderfrei, schwarz und farbig 1.45
- Herren-Socken mit Doppelsehle und Hochferse, moderne Herbstfarben 60 Pf.

Damenstrümpfe

in Seidenfarb., schw. u. mod. Farb., mit Doppelsehlen und Hochf. weit nat. regulär. Wert 1.45

Kleiderstoffe

- Kreppstoffe hübsche Streifen für Blusen und Kleider 85 Pf.
- Kleiderschotten mit Seidenreflexion, 100 cm breit 1.95
- Reinw. Velours-Flausche schwarz Mantelware, mod. Farben, 150 cm breit 3.90

Ausnahmepreise für Leibwäsche!

Damen-Hemden 1.25	Untertaillen 85 Pf.
Damen-Beinkleider 1.25	Nachtjacken 2.45
Garnituren zweifällig 2.95	Hemdrosen 2.95
Unterröcke 2.95	Damen-Nachthemden 4.95
Prinzessröcke 3.75	Herren-Nachthemden 5.95

Stickerereien in Rosenzucht Meter von 8 Pf. an

Blusen und Kleider

- Sport-Blusen aus Flanell, mit Perlmuttknopfen 2.95
- Seiden-Trikot-Jumper Jacobs Form, in mod. Farben 5.95
- Backfisch-Kleider in vielen hübschen Streifen 8.95
- Seiden-Trikot-Kleider in verschied. sparten Farben 9.95
- Cheviot-Röcke mit neuesten Plisseefalten 7.85
- Satin-Unterröcke mit hohen Plisseevolant 3.95

Trikotagen

- Kinder-Trikots in wollgemischt, 60 cm lang 1.95
- Kinder-Reform-Höschen 35 cm lang 2.25
- Damen-Untertaillen in wollgemischt mit Spitze 2.50
- Herren-Normalhosen in wollgemischt Gr. 4 2.55
- Herren-Normalhemden in wollgemischt, mit doppelter Brust 2.95
- Frauen-Barchent-Hemden und Hosen 2.95

Damen-Putz

- Reiher-Stiele ca. 30 cm lang, schwarz und farbig 75 Pf.
- Duveline in modernen Farben Mtr. 1.75
- Damen-Samtkappen in vielen Farben 3.95
- Filzhüte in modernen Formen u. verschiedenen Farben 3.95
- Zylinder-Hüte flotte Form mit breiter Bandgarnitur 5.85
- Garnierte Zylinder-Hüte mit feiner Bandschleife und Schmucknadel 8.50

Linonformen

Neueste Schöner! Enorme Auswahl! Gelegenheit für Putzmacherinnen 75 Pf.



Berlin N **Chausseestr. 61-62**
Ecke Liesenstrasse
Telegraphisch: Schwartzkopffstr.

Unser neuer Preis-Abbau für gute Qualitätsware trotz steigender Lederpreise

Billig sein heißt nicht nur billig inserieren, sondern auch gute Ware wirklich billig verkaufen. Das Berliner Publikum läßt sich nicht durch marktschreierische Inserate irreführen. Wir haben alle inserierten Artikel, wo nicht besonders angegeben, in allen Größen am Lager. In unseren kolossalen Riesenlagern führen wir über 400 verschiedene Sorten Damen-, Herren- und Kinderartikel, die ebenfalls in allen Größen vorrätig sind. Wir zeigen Ihnen gern ohne Kaufzwang unsere Ware und unsere billigen Preise. In den feinsten Luxusartikeln, wie Lack mit grünen und roten Verzierungen etc. wie in den solidesten Gebrauchsschuhen ebenfalls große Auswahl zu kolossal billigen Preisen. Besichtigen Sie unsere 17 Schaufenster



4.50

Prima Affenhaut gute Kernledersohlen, braun, grau u. schw., 2. Schöner, Spange oder Pumps, spitze oder runde Formen, durchweg

Breite Schliebspange, **801 R'-Chevreau** 5.90

echt Chromleder, spitze und runde Form 9.90

Orig. Goodyear Welt echt braun Boxkalf und schwarz R'-Chevreau, sehr gute Fabrikat, moderne spitze Formen 12.90

Prima Lack mod. breite Schliebspange oder 2 Knöpfe, darunter Sandlette mit Lw. XV.-Absatz, hochlegant 1.95

Warme Haus-schuhe entzückende Farben, Größe 36-41, Pl. 1.45

Derselbe karierte Stoff schön warm gefüttert 2.90

Kamelhaarstoff-schuhe mit dicker Filz- und Lw. Sohle, mollig und warm, Größe 36-43 2.90

Damen-Halbschuhe gutes Leder, moderne Form 35-38 3.90

dto. braun und schwarz echt Boxkalf, sehr gutes Material 6.90

Peinliche Musterrachen

Orig. Goodyear Welt u. Handarbeit Braun u. schwarz Boxkalf u. Wildleder, Schnür, Spange und Pumps Größe 35-37 Serie 1 7.90, Serie II

Sportstiefel für Damen und Herren prima braun und schwarz, Sportbox wasserdichtes Futter, geschlossene Lasche, durchgehend Kern-Doppelsehlen 13.90

Warme Kinder-Stiefel mit Ledersohlen, teils Lederkappen, 20-22 1.25

Baby-Schuhe in weiß u. farb., Leder u. Stoff, entzückende Muster Pl. 95

Turnschuhe mit angelegener Gummisohle Größe 27-30 1.95, Größe 31-36 1.55



Echt Rind-6.90
gut. Material
Kräftiges Spattleder ohne Vorderkappe

5.90

Orig. Goodyear Welt Herrenstiefel, braun, echt Chevreau und schwarz, prima Rindbox-Stiefel und Halbschuhe 11.90

Herren-Halbschuhe Orig. Goodyear Welt erstklassig, Fabrikat 9.90, dieselben in pa. Mackay-Ausführung, alles moderne Formen, prima Material 7.90

Herrenstiefel auf Rand, weiß gedoppelt sowie braune Herrenstiefel u. Halbschuhe, moderne Form, gute Kernledersohlen 9.90

Leder-Kinderstiefel gute Ledersohlen, breite Form, 21-22 2.95, 23-24 2.45 18-20 1.75

Schnallenstiefel schwarzer Stuch mit Spattlederbesatz u. Ledersohlen 36-41 1.95

Pantoffel für Herren 65 Pf., für Damen 55

Schuh-Lokal

Frankfurter Allee 54
Wollbuser Damm 12